

Die Krise des Kapitalismus und die Perspektive der Kämpfe

26.01.2012

Vor ein paar Jahren haben wir die Situation in den entwickelten Zonen der Welt mit dem Begriff der *klassenlosen Klassengesellschaft* beschrieben. Damit sollten ein paar Punkte zum Ausdruck kommen, die man grob folgendermaßen umreißen kann: Die Proletarisierten wurden in einem in früheren Epochen nicht bekannten Ausmaß am gesellschaftlichen Reichtum beteiligt bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit. Dadurch verlor der Betrieb ein Stück weit seine Zentralität im Leben der Proletarisierten und das Arbeitermilieu als Subkultur in der kapitalistischen Gesellschaft wurde aufgelöst. Obwohl die Klasse derjenigen, die nichts haben als ihre Arbeitskraft und daher gezwungen sind diese in Form der Lohnarbeit zu verkaufen, größer war als je zuvor, trat diese nicht als negierender Pol der Gesellschaft auf. Das Kapital konnte Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen gewähren – besser gesagt, sie wurden ihm von der Arbeiterbewegung aufgezwungen –, ohne dass die Mehrwertrate sank. Das lag daran, dass die Produktivität rasant anstieg, sprich die Lebensmittel der Werkältigen verbilligt wurden. Im Folgenden soll dargestellt werden, dass in den letzten Jahren diese Konstellation beginnt, auseinanderzubreckeln. Auch wenn kurz die Aufstände in Ägypten und Tunesien besprochen werden, wird das Ganze natürlich „eurozentristisch“ ausfallen, da diese Konstellation ohnehin nur in den entwickelten Ländern bestand. Zudem bietet es sich ganz einfach an, die mehr oder minder parallel verlaufende Entwicklungen in diesen Ländern gemeinsam darzustellen. Der Blick auf andere Gesellschaften wäre sicherlich für die Frage, wie sich Kämpfe dort mit jenen in den Metropolen verbinden können, lehrreich, würde aber den Rahmen dieses Vortrages sprengen.

Die Ursachen der Krise sind genau die Momente, die auch die *klassenlose Klassengesellschaft* ermöglichten. Der enorme Produktivitätsschub in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg hatte bereits in den 1970ern dadurch, dass er die organische Zusammensetzung des Kapitals rapide anwachsen ließ, zu einem Rückgang der Profitraten geführt. Das Kapital hatte zunehmende Schwierigkeiten, rentable Anlagemöglichkeiten zu finden, es war überakkumuliert. Laut Robert Brenner lag die durchschnittliche Profitrate in der US-Industrie in 1960ern bei 0,245 in den 1970ern schon nur noch bei 0,134, also in etwa bei der Hälfte. Die Überakkumulation äußert sich zum Beispiel in Überproduktion. Heute könnten bei maximaler Auslastung er Kapazitäten doppelt so viele Handys hergestellt werden, wie tatsächlich verkauft werden. Sie äußert sich aber darin, dass Deutschland kürzlich tatsächlich Staatspapiere mit negativem Zinswert ausgeben konnte.

Darauf reagierten Staat und Kapital mit einer Reihe von Maßnahmen, die oft mit dem Begriff des Neoliberalismus bezeichnet werden. In der Geschichtsschreibung vieler Linker taucht diese Entwicklung als eine Verschwörung einiger Ökonomen aus Chicago, die durch „diskursive Verschiebungen“ den sozialdemokratisierten Kapitalismus zertrümmern wollten. Das Gegenteil ist der Fall. Die klassenlose Klassengesellschaft war schon von allein an gewisse Grenzen gestoßen, die Maßnahmen waren vielmehr eine aus Sicht des Kapitals durchaus notwendige Krisenbewältigungsstrategie. Das schmälert aber nicht ihre Härte. Sie stellten nicht zuletzt einen breiten Angriff auf die materielle Lebenssituation der Proletarier dar. Die Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Produktivität sollte die sinkende Profitrate retten. Gegen diesen Angriff wehrten sich die Lohnabhängigen durchaus, es gab eine Reihe von Arbeitskämpfen, die Berühmtheit erlangten. Letztlich verloren sie aber im großen Ganzen; die Arbeitermacht, von der man damals noch ohne jegliche Romantisierung sprechen konnte, wurde zerschlagen. Privatisierungen von Staatsbetrieben sowie die Liberalisierung der Märkte sollte neue gesellschaftliche Bereiche der unmittelbaren Mehrwertproduktion zugänglich machen, um so dem Kapital neue Möglichkeiten zu bieten, sich zu verwerten. Allerdings scheiterte dieser Versuch: die durchschnittliche Staatsquote in den OECD-Ländern ist zwischen 1995 und heute um nur 4,5% von 49% auf 44,5% gesunken. Zudem steigt die Staatsverschuldung seit den 1980ern mit kurzen

Unterbrechungen aufgrund konjunktureller Aufschwünge rapide an. Die Neoliberalen wurden so ungewollt zu Keynesianern. Die Liberalisierung der Märkte zusammen mit den spärlicher werdenden Anlagemöglichkeiten für das Kapital sowie der Senkung der Kosten für den Warentransport führten zu einem erneuten Schub der internationalen Konkurrenz. Die so angefachte Konkurrenz der Standorte hieß, dass einer Verbesserung der Ausbeutungsbedingungen für Unternehmen in einem Land auch andere Staaten Folge leisten mussten – im Zweifelsfall natürlich zum Leidwesen der Proletarisierten, aber auch der Staatshaushalte.

Gerade die zunehmenden Schwierigkeiten des Kapitals, in der materiellen Produktion rentabel eingesetzt zu werden, führten zur massiven Aufblähung der Finanzsphäre, in die sich das Kapital flüchtete. Dabei half auch die Staatsverschuldung, da sich Staatspapiere hervorragend als Spekulationsobjekte eignen. Zudem konnte der Massenkonsum aus der fordistischen Ära nur durch eine zunehmende Privatverschuldung aufrecht erhalten werden. So schlug der ehemalige Chefökonom des IWF, Raghuram Rajan, den Proletarisierten vor, dass sie angesichts von sinkenden Reallöhnen einfach „Kredite fressen“. Dass der unmittelbare Auslöser der Finanzkrise 2008 der Einbruch des amerikanischen Immobilienmarktes war, ist bekannt. Die etwas tiefere Ursache war aber, dass Kapital, das nicht mehr in der Produktion investiert werden konnte, in die Zirkulation von Finanzpapieren goss. Der Gesamtwert der Derivate weltweit lag 2009 bei etwa 500 Billionen US-Dollar, das 80-fache des Welt-Brutosozialprodukts. Es entstanden zunehmend komplizierte Finanzprodukte, die die wenigsten Ökonomen noch nachvollziehen konnten, die aber letztlich eine zunehmend unsichere Wette auf die zukünftige Realisierung von Mehrwert waren. Als diese ausblieb, krachte das gesamte Gebäude zusammen. So reichte es, dass eine Reihe von Immobilienhypotheken in den USA nicht bedient werden konnten, um die ganze Finanzwelt ins Wanken zu bringen.

Die Regierungen der führenden Staaten reagierten prompt. Es wurden mit Erfolg Massen an Geld in die Finanzmärkte gepumpt, um den unmittelbaren Zusammenbruch zu verhindern. Gleichzeitige Konjunkturprogramme sollten ein Übergreifen der Krise auf die Industrie verhindern. In der Tat stabilisierte sich die Lage zunächst. Doch durch das Auffangen von Verlusten durch den Staat verlagerte sich die Krise nur auf die staatliche Ebene, sie wurde zur Staatsschuldenkrise. Diese war in jenen Staaten am zugespitzten, deren Industrie durch die Krise am härtesten getroffen wurden oder deren industrielle Basis ohnehin am schwächsten war. In der Euro-Zone, wo einzelne Staaten nicht eigenhändig die Notenpressen anwerfen konnten, um die eigenen Schulden abzuwerten und damit vor allen auf die Proletarisierten abzuwälzen, war die Situation nochmal besonders heikel. So sind es auch die PIIGS-Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien, die als am meisten gefährdet gelten. Nicht nur sie, sondern auch die USA und etliche andere Staaten, wurden von den Ratingagenturen heruntergestuft, weil diesen die Zuversicht fehlte, dass die Schulden auch bedient werden können. Das wiederum erschwert es den jeweiligen Staaten, neue Schulden zu machen; genauer gesagt: die Zinsen für Staatsschulden steigen, was die Situation nochmal verschärft. Griechenland musste gar Hilfe bei der EU beantragen und die Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und IWF diktirt nun mittlerweile die Sparprogramme, die Athen gegen soziale Proteste durchsetzen muss. Um der Schuldenlast Herr zu werden, bliesen auch die anderen verschuldeten Staaten zum Generalangriff auf die materielle Situation der Proletarisierten.

Auch hier muss angemerkt werden, dass die jeweiligen Staaten tatsächlich mit dem Rücken zur Wand stehen. Selbst das Rating der USA, die eigentlich als zuverlässig gelten, wurde, nachdem der Kongress bei der Anhebung der Schuldengrenze und tiefen Schnitten in die Sozialausgaben zögerte, heruntergestuft. Für Griechenland ist die Situation natürlich ungemein bedrohlicher: Das Verabschieden von Sparmaßnahmen drosselt einerseits die ohnehin schwache Wirtschaft des Landes und führt andererseits zu großen sozialen Protesten. Werden diese Maßnahmen aber nicht durchgesetzt, kann die Troika jederzeit den Geldhahn abdrehen und dann steht der Staat unmittelbar vor dem Bankrott. Doch auch das Anprangern der Politik von IWF, EU und EZB greift zu kurz:

Dass diese die nationalen Interessen der Länder, aus denen ihr Geld stammt, vertreten und nur bei entsprechenden Gegenleistungen bereit sind, dieses zu riskieren, ist selbstverständlich.

So notwendig die Austerität aus Sicht des Kapitals auch ist, wird die Geduld derjenigen, deren Lebensbedingungen sie verschlechtert, in einem enormen Maß herausgefordert und in einigen Fällen war sie auch schon am Ende. Es wird immer klarer, dass die Einschnitte keine temporäre Opfer, die schon bald in einer Ära der Prosperität münden, sind. Vielmehr ist die Austerität die Pest, die durch das Ausgleichen sinkender Profitraten durch Erhöhung der Mehrwertraten keine Alternative zur Cholera gigantischer Kapitalvernichtung und der mit ihr verbundenen Vereinigung darstellt, sondern diese viel eher hinausschiebt. In den meisten Ländern ist die Mehrheit der Bevölkerung mittlerweile überzeugt, dass die Dinge nicht besser sondern schlimmer werden. Die Politik kann nicht mal mehr halbwegs überzeugend vorgeben, sie hätte Maßnahmen parat, um eine Wende zu erwirken. Vielmehr führen sich Politiker und Ökonomen mit ihrem frenetischen Aktionismus immer mehr wie überforderte Hundetrainer auf, geben Sätze von sich wie „Die Märkte müssen beruhigt werden“, „wieder vertrauen fassen“, „gebändigt“, „an die Leine gelegt“, „auf ihren Platz verwiesen“ werden. Das Versprechen der klassenlosen Klassengesellschaft an jeden Arbeiter, ihm werde es besser gehen als seinem Alten, kann durch nichts mehr aufrecht erhalten werden. Eine kürzlich veröffentlichte Umfrage in den USA hat ergeben, dass nun erstmals seit einiger Zeit Reichtumsunterschiede für die meisten Amerikanern als der zentrale Konflikt in der Gesellschaft gelten. Die amerikanisch geprägte Vorstellung der den Großteil der Proletarisierten umfassenden Mittelschicht ist nicht zuletzt dadurch geplattet worden, dass ihr dominantes Symbol, das Einfamilienhaus in der Vorstadtsiedlung, von der Bank enteignet wurde. Wenn dieses leer steht, während seine ehemaligen Besitzer obdachlos sind, tritt der Gegensatz zwischen Tausch- und Gebrauchswert ganz offen zutage.

In solch einer Situation sind Klassenkämpfe einerseits notwendiger denn je, andererseits sind ihre Chancen auf Teilerfolge angesichts des geringen Spielraums des Kapitals sowie des Staates so klein wie schon lange nicht mehr. Auch wenn der Kapitalismus insgesamt durch die Krise destabilisiert wird, schwächt sie in der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital unmittelbar zunächst eher die Position des Arbeiters und nicht die des Kapitalisten. Das Kapital kann mit der größeren Reservearmee von Arbeitslosen drohen, die bereit ist, widerspenstige Arbeiter zu ersetzen. Und die Reservearmee selbst hat noch nicht mal einen Betrieb, den sie durch einen Streik lahm legen kann. Vielmehr droht ihr angesichts des rapiden Kursverfalls menschlicher Arbeitskraft, dass sie selbst ihre Wichtigkeit für das Kapital als Reservearmee verliert, sodass noch nicht mal ihre Reproduktion Staat und Kapital mehr zu kümmern braucht. Droht ihnen der Bankrott, müssen sowohl Staat als auch Kapital in Auseinandersetzungen hart bleiben, sie können sich keine Zugeständnisse zur Entschärfung der Situation leisten.

So erging es auch der ersten Widerstandswelle, die im Herbst 2010 mit den Protesten in Frankreich gegen die Rentenreform begann. Sie konnte letztlich keine wesentlichen Erfolge vorweisen. Diese Proteste in Frankreich, Generalstreiks in Spanien gegen Lockerungen des Kündigungsschutzes und Portugal gegen Sparmaßnahmen, Massenproteste in Wisconsin gegen die Beschneidung des Rechtes auf Tarifverhandlungen, Studentenbewegungen in Großbritannien, Italien und Kalifornien – sie alle konnten die Ziele, die sie ausgaben, nicht durchsetzen. Sie hatten viele weitere Gemeinsamkeiten: die Generalstreiks sowie die Proteste in Frankreich und Wisconsin waren gewerkschaftlich organisiert, auch wenn sie hier und da über die Stränge schlügen. Die Gewerkschaften mussten aber feststellen, dass es seit dem Beginn der Krise mit ihrer Macht, die schon in den letzten Jahrzehnten erodiert wurde, weitgehend zu Ende ist. In Frankreich löste dies die Basis, indem sie zum Blockieren der Ökonomie, insbesondere der Ölraffinerien, überging, in Wisconsin besetzte man das Abgeordnetenhaus – doch auch diese Aktionen blieb ohne Erfolg.

Dann begann Anfang 2011 der sogenannte Arabische Frühling. Anders als die Proteste in Europa

und Nordamerika war er keine direkte Reaktion auf die ökonomische Krise. Vielmehr richtete er sich gegen verkrustete diktatorische Bedingungen, die der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr viel zu bieten hatten als Polizeirepression und materielles Elend. Einem Bündnis aus dem winzigen liberalen Teil des Bürgertums, dessen Erfolg nicht mit der staatlichen Vetternwirtschaft verwoben war, der enormen Surplusbevölkerung, gebildeten aber perspektivlosen Jugendlichen und klassischen Malochern gelang, es in Tunesien und Ägypten die Jahrzehnte alten Diktaturen zu stürzen. Neben klassischen Streiks, etwa im Suezkanal, die der Regierung in Ägypten den Todesstoß versetzten, erregten vor allem die Platzbesetzungen in Tunis und Kairo Aufmerksamkeit. Das dortige Proletariat ist durch Landflucht und Bevölkerungswachstum in den letzten Jahrzehnten enorm angewachsen. Der an Dynamik verlierende Kapitalismus interessiert sich aber immer weniger für dessen Arbeitskraft. Die Fabrik kann nicht als Verbindungsstelle für eine Bewegung der Angehörigen dieser Klasse dienen, wenn die Mehrheit zwar auf Lohnarbeit angewiesen ist, diese aber nicht findet und sich deswegen zu großen Teilen in der als „informellen Sektor“ verharmlosten Elendsökonomie der Slums und Gemüsemärkte verdingt. Konsequenterweise dienten dann die zentralen Plätze der jeweiligen Hauptstädte als verbindender Ort der Bewegungen. Für den Sturz von Diktatoren stellten sich sowohl diese Art von Bündnis als auch diese zentralen Orte als sehr gut geeignet heraus. Nach dem Sturz der Tyrannen aber driftete das Bündnis, das ihn herbeigeführt hatte, wenig überraschend auseinander, da die widersprüchlichen Klasseninteressen der Beteiligten in den Vordergrund traten. Nun fordern die Arbeiter höhere Löhne, die Überflüssigen Bedingungen, unter denen sie überhaupt überleben können, Frauen Gleichberechtigung usw. Einige der unzufriedenen gebildeten Jugendlichen dagegen beginnen schon fleißig mit Parteigründungen, taktieren mit dem nun herrschenden Militärs in Ägypten, den Überresten des alten Regimes in Tunesien und denunzieren Streiks als partikulare Angelegenheiten. Die Vorstellung, dass in dem jetzigen globalen Kontext sich die Lebensbedingungen der Proletarisierten Nordafrikas wesentlich verbessern könnten, ist allerdings illusorisch. Künftigen Machthabern in diesen Ländern fällt vor allem auch die undankbare Aufgabe zu, den Laden am Laufen zu halten, was dann nicht zuletzt auch bedeutet, solche Ansprüche abzuschmettern. Das Militär in Ägypten liebäugelt bereits mit den gemäßigten Islamisten der Muslimbrüderschaft als zuverlässigen Partner für solche Auseinandersetzungen, während in Tunesien die En-Nahda-Partei die Wahlen gewonnen hat. Derweil stellen sich waschechte Fundamentalisten, die salafistischen Schläger, bereits im Hintergrund auf. Die Proletarisierten, ebenso wie Frauen, Säkulare, Christen, etc. aller Klassen, können sich keine Illusionen leisten, was ihnen blühen könnte.

Trotz des sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontextes sprang das Mittel der Platzbesetzungen nach Europa über. In einem Klima der Unzufriedenheit bei gleichzeitigem Bewusstsein darüber, dass die traditionellen Mittel, Generalstreiks, linke Parteien, Gewerkschaften, Aktionstage, gescheitert waren entwickelte der Arabische Frühling eine beachtliche Strahlkraft. In Spanien rief die Plattform *Democracia Real Ya!* zur Besetzung zentraler Plätze auf. Dem Aufruf folgten massenhaft sogenannte *Empörte* in über hundert spanischen Städten. Bald folgte auch Griechenland, wo der Syntagma-Platz im Zentrum Athens besetzt wurde. Selbst nach Israel, wo der Nahostkonflikt die Klassenlosigkeit der dortigen Klassengesellschaft besonders abgesichert hatte, schwuppte die Bewegung über. Die Aktivisten, die in ganz Israel gegen soziale Ungerechtigkeit insbesondere steigende Mieten protestierten, tauften den von ihnen besetzten Platz im Zentrum Tel Avivs in Tahrir-Platz um. Im September begann dann in New York die *Occupy*-Bewegung.

War der Arabische Frühling ein Aufbegehren gegen autoritäre Diktatoren, so waren die Platzbesetzungen in den demokratischen Ländern Europas und Nordamerikas und in Israel ein Protest gegen die Verelung, die die Krise brachte. Trotz dieser sehr unterschiedlichen Ziele macht der Einsatz der gleichen Mittel, der Platzbesetzungen, insofern Sinn, als dass ähnlich wie in Ägypten und in Tunesien spanische und griechische Proletarisierte dem gleichen Problem ausgesetzt sind, zur Lohnarbeit verdammt zu sein in einer Zeit, in der sich das Kapital immer weniger um ihre Arbeitskraft schert. In solch einer Zeit ist die Wirkung von Streiks tatsächlich

begrenzt, was die Option Platzbesetzung natürlich ungleich attraktiver macht. Die Emphase, mit der Demokratie gefordert wurde, wirkte aber in Spanien, Griechenland und den USA eher albern und lenkte von den eigentlichen Problemen ab. Zu diesen konnte sie nur durchdringen, soweit sie ihren Demokratiefetisch über Bord warf.

Von vielen Seiten wurden die Proteste in Spanien, Griechenland und den USA als Mittelschichtsbewegungen bezeichnet. Dieser Begriff ist aber mehr als dubios. Eigentlich ist er der Inbegriff des Versuches der Klassengesellschaft über den Klassenwiderspruch hinwegzutäuschen. Dass zudem viele Proletarisierte, sofern sie weiß waren, sich eine Universitätsbildung oder ein Haus in einem etwas besseren Viertel leisten konnten, dieser Illusion anhingen, macht das ganze nicht gerade besser. Die letzten Jahrzehnte über war das Mittelschichtsdasein ohnehin zu erheblichem Maße schuldenfinanziert. Nun kracht diese Finanzierung zusammen. Auch der sogenannten Mittelschicht wird in der Krise unmissverständlich mitgeteilt, dass sie aus lohnabhängigen Proletarisierten besteht. Gerade junge Menschen kommen gar nicht erst in den Genuss des Mittelschichtsstatus, das ihnen ihr Leben lang versprochen wurde. In Griechenland und Spanien liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei beinahe 50%. Viele Jugendliche in Spanien können es sich nicht leisten von Hause wegzuziehen oder müssen mangels eines Jobs zu ihren Eltern zurückkehren. Dass das Campieren auf öffentlichen Plätzen da nochmal attraktiver wird, ist leicht verständlich. Durch den Verweis auf Mittelschichtskids ist die Zusammensetzung der Bewegung aber keinesfalls geklärt. Gerade die Anwesenheit von Obdachlosen auf den Camps wurde immer wieder von den Medien aufgegriffen und hatte auch für die Beteiligten eine große Bedeutung. Nicht selten führte dies zu Konflikten.

Wenn man also diese Bewegungen so begreift, dass sie zu erheblichem Maße ihren Ursprung in der enttäuschten Mittelschichtillusion haben, ihre Teilnehmer aber zunehmend ihre eigene proletarische Lage erkennen, werden sowohl die anfänglichen keynesianischen Hoffnungen als auch die mit der Zeit eintretende gewisse Radikalisierung verständlich. Die beginnenden Besetzungen waren ein Prozess des Sichsammelns, des Austausches über zuvor nur individuell erlittenen Zumutungen eines Proletariats, das in kurzer Zeit viele Niederlagen und Enttäuschungen erlitten hatte. Der Großteil der Teilnehmer entstammte nicht der radikalen Linken. So wurden am Anfang auch viele Forderungen nach keynesianischen oder linksliberalen Maßnahmen laut, nach Regulierung der Märkte, Ersetzung korrupter Politiker, usw. Dass diese Forderungen angesichts immenser Staatsschulden und in Griechenland einer Troika, die mehr als ein Mitspracherecht bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen hat, schlecht umgesetzt werden können, wurde aber auch den Besetzern immer mehr bewusst. Zudem war ihnen von Anfang an klar, dass ihre Ziele nicht ohne weiteres von Politikern umgesetzt werden können. So beschloss *Occupy Wall Street* schon auf der ersten Vollversammlung, den Zucotti Park bis auf unbestimmte Zeit besetzt halten zu wollen.

Jedoch ist es klar, dass sich das Einfordern demokratischer Rechte, der Kern des arabischen Frühlings, der die *indignados*, die Syntagmaplatzbesetzung und *Occupy* inspierte, nicht problemlos in Gesellschaften, in denen diese meistens gewahrt werden, übertragen lässt. Dies löste man durch die Forderung nach „echter Demokratie“. Doch in vielerlei Hinsicht spiegelt die „echte Demokratie“, die man praktiziert, nur die „falsche“ wider. Der Ideologielosigkeit, die die Besetzern immer wieder hochhalten, ging die Entideologisierung der offiziellen Politik und deren Übergabe an Technokraten voraus. Zudem war diese zumindest in Spanien immer wieder ein Mittel, um radikale Stimmen auszuschließen. Wie parlamentarische Wahlen dem Wähler ein Gefühl von Teilhabe, in der eigentlich nur die eigene Passivität bestätigt wird, geben, so auch das *human microphone* den Besetzern, obwohl es zunächst ein Mittel war, um das Verbot von Lautsprechern pragmatisch zu umgehen, aber dann zum Selbstzweck wurde. Und letztlich ist der Anspruch, die Allgemeinheit jenseits der Einflussnahme partikularer Gruppen zu repräsentieren, genau der Anspruch der liberalen Demokratie. Dieser Anspruch äußerte sich in den USA zum Beispiel darin, dass Besetzungen in der Regel mit einer langen Liste von Schlagworten, Rassismus, Sexismus,

Diskriminierung von Alten, Kindern, Behinderten, Übergewichtigen, Ureinwohnern usw., begründet werden, die dazu gedacht sind, möglichst allen Teile der Gesellschaft eine politische Heimat zu bieten, statt die eigene Stellung in der Gesellschaft zum Ausgangspunkt des Handelns zu machen. In Spanien ging man im Sinne des Pluralismus so weit, Faschisten an den Besetzungen in manchen Städten teilnehmen zu lassen. Zur Gewalt nahmen die Besetzungen ein zwiespältiges Verhältnis ein. Am Anfang hielten alle Besetzungen die Gewaltlosigkeit als zentrales Prinzip hoch. Man betonte die Legalität der eigenen Aktionen, während man die Machenschaften der Reichen als illegal anprangerte. In Griechenland, wo linken Proteste seit jeher ein starker Gewaltfetisch anhaftete, machte dies auch zu einem gewissen Grad Sinn. Griff die Polizei aber Besetzungen an, so wurde das Verhältnis vieler Besetzungen eher pragmatisch, man war auch mal dazu bereit, sich gegen Polizeigewalt zu verteidigen. Ideologisierte Gewaltlosigkeit dagegen blamierte sich schlussendlich schon in Spanien, als ihre Verfechter in Barcelona eine Gegenwehr gegen einen Angriff der Polizei erschwerten. Zudem erwies sich auch die Form der auf Konsens basierenden direkten Demokratie in Versammlungen mit mehreren tausend Teilnehmern als unpraktikabel. Eine wirkliche Diskussion war nicht möglich, ein bedeutungsvoller Konsens konnte nicht verabschiedet werden. Hinzu kamen bürokratische Prozeduren, die Diskussionen und Entscheidungen ermöglichen sollten, das Problem aber eher noch verschlimmerten. Linke Parteien und Organisationen nutzten diese aus, um die Besetzungen, die sich zunächst von ebendiesen distanziert hatten, zu unterwandern.

Dass bei freien Wahlen und weitgehend eingelösten Menschenrechte trotzdem nur die falsche Demokratie herausspringt, mussten sich die Besetzer erklären. Die eine Erklärung wäre, dass die Reichen, der eine Prozent, die Demokratie einfach nur gekapert haben; dass der Finanzsektor außer Kontrolle sei; dass das Prinzip des Politischen über das Ökonomische verloren gegangen sei. Nach dieser Erklärung müssten Werte und Ethik das System wieder in Ordnung bringen. Diese Erklärung bietet nicht zuletzt auch Zinskritikern, Verschwörungstheoretikern unterschiedlicher Couleur und vereinzelt auch bekennenden Antisemiten eine offene Flanke. Eine radikale Erklärung müsste sich dagegen mit der Krise und dem Klassenwiderspruch beschäftigen. Die wohl bekannteste Parole der *Occupy*-Bewegung, „Wir sind die 99%“, ist in dieser Hinsicht ambivalent. Einerseits spricht sie ökonomische Interessensgegensätze direkt an, bricht den Klassenwiderspruch aber auf eine ungerechte Reichtumsverteilung herunter. Zugleich lässt sie auch die Schlussfolgerung offen, dass die 99% bloß innerhalb des Bestehenden wieder Kontrolle über Staat und Wirtschaft erlangen müssten.

Auch wenn die Besetzer oftmals keynesianische Forderungen stellten, lässt die aktuelle Weltlage wenig Zweifel darüber, dass für diese schlichtweg der Spielraum fehlt. In Griechenland droht der Staatsbankrott unmittelbar. In den USA ist der wohlmeinende keynesianische Präsident Obama macht- und ratlos. So mussten die Besetzer solche Forderungen zwangsläufig überdenken. Hinzukam, dass die Angriffe der Polizei ihnen die Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt unmittelbar aufzwangen. So kam es immer wieder zu dynamischen radikalen Aktionen. Bemerkenswert sind vor allem die Generalstreiks in Oakland und in Athen, die die Besetzungen den Gewerkschaften aufzwangen. Der Generalstreik in Athen war der erste zweitägige seit Jahren und dessen kategorisches „Nein“ zu Sparplänen, das den Staatsbankrott offen in Kauf nimmt, stellt tatsächlich die radikalst mögliche Antwort auf die Sachzwang-Argumentation dar. Der Generalstreik in Oakland war der erste überhaupt in den USA seit 1946.

Interessant an diesen beiden Ereignissen ist, dass dem Schritt des Widerstandes weg von den Betrieben, den die Platzbesetzungen darstellten, wieder eine Verbindung zurück zu den Orten kapitalistischer Ausbeutung, in Form eines Streiks, der von den Besetzungen erzwungen wird, folgt. Das Kapital beteiligt immer weniger Proletarisierte an der Schöpfung des Mehrwerts und dies zwingt sie, den Ausgangspunkt ihres Widerstandes weg von den Orten der Mehrwertproduktion zu verlegen. Dennoch wird ihnen bewusst, dass nicht zuletzt die Mehrwertproduktion angegriffen werden muss, will man diese Gesellschaft empfindlich treffen. Allerdings geschah dies nur in einer

über die Gewerkschaften vermittelten Form. Diese setzte man noch als Bündnispartner, wenn auch eher als Juniorpartner, dem man die eigenen Ziele aufzwingt, ein, der einem hilft Demonstrationszüge aufzufüllen. Es bestand weiterhin eine Trennung zwischen den Arbeitern, die dem Ruf der Gewerkschaften gefolgt waren und den Besetzern zur Seite standen, und den Besetzern selbst. Wichtig wäre es dagegen, dass die Proletarisierten nicht auf der Grundlage von taktischen Bündnissen zwischen politischen Organisationen, sondern auf Grundlage ihrer gemeinsamen Interessen zusammenkommen. Das Interessante an dem Mittel der Platzbesetzung ist gerade, dass es im besten Fall als Vehikel zum Ausloten dieser gemeinsamen Interessen in Diskussionen und gemeinsamen Aktionen und damit der kollektiven Radikalisierung dienen kann.

Interessant sind auch Proteste gegen Häuser- und Wohnungsräumungen, die sowohl in den USA als auch in Spanien beim Abflauen der Platzbesetzungsbewegungen in den Mittelpunkt rückten. Diese schlossen sowohl die militante Verteidigung von Räumung bedrohter Häuser als auch die Besetzung leerstehender Objekte und deren Übergabe an Familien, die durch die Krise obdachlos gemacht wurden, mit ein. Der bereits erwähnte absurde Gegensatz zwischen Wert und Gebrauchswert wird so ganz praktisch angegriffen.

Die Platzbesetzungen sind mittlerweile alle vorbei. Eine Kombination aus nachlassendem Schwung und polizeilichen Räumungen beendeten sie. Dennoch scheint das Jahr 2011 von einer neuen Ära sozialer Kämpfe zu zeugen. Nicht zu vergessen ist aber, dass die Vorstellung eines automatischen Zusammenhangs von Krise und Revolution spätestens seit der faschistischen Konterrevolution, die der Krise von 1929 folgte, hinfällig ist. Die Möglichkeit einer solchen ist auch heute nicht aus der Welt zu schaffen, auch wenn sie sich momentan nur in Ungarn und in dem Aufstieg von Islamisten in er arabischen Welt andeutet. In den sozialen Kämpfen dagegen blitzen gelegentlich bereits Elemente einer kommunistischen Praxis auf, etwa in der Weigerung, auf einen Gebrauchswert zu verzichten, bloß weil sich aus dessen Gebrauch kein Profit erzielen lässt. So einfach der Kommunismus so auch erscheint, wird diese Praxis, wenn der Rahmen der Warenform nicht komplett gesprengt wird, tendenziell zur Selbstverwaltung des Elends, die der Staat im Zweifelsfall auch dulden kann. Um diesen zu sprengen, müssten die Kämpfe aber in einer allgemeinen globalen Bewegung des Umsturzes münden. Das ist aber momentan noch schwer vorstellbar und deshalb bleibt die Umwälzung der Verhältnisse eine abstrakte Idee. Dabei können auch die Blaupausen vergangener Revolutionsversuche nur bedingt weiterhelfen, da sie sich oftmals durch ihre Umsetzung selbst diskreditiert haben aber vor allem weil sich die kapitalistischen Verhältnisse seit diesen Versuchen bedeutend geändert haben. Das globale Proletariat besteht nun aus winzigen Kernen von High-Tech-Produzenten, klassischen Fabrikarbeitern, Massen von Dienstleistungssklaven und einer gigantischen Überschussbevölkerung, deren Lebensbedingungen sich aber jeweils auch wiederum stark von Land zu Land unterscheiden. Diese Segmentierung müsste eine revolutionäre Bewegung überwinden. Die Art und Weise, wie sich das Mittel der Platzbesetzung von Nordafrika nach Europa, Israel und den USA ausbreitete, sah vielversprechend aus. Die Klassenkämpfe in China etwa, wo der Kapitalismus durchaus noch eine gewisse Dynamik besitzt, bleiben dabei aber dennoch in weiter Ferne.